
Anlage

Teilnahmebedingungen

Teilnahmefrist: 03.09.2026; 10:00 Uhr

Leistung:	Technische Beratungsleistungen
Verfahrensart:	Verhandlungsverfahren nach öffentlichem Teilnahmewettbewerb, §§ 17, 74 VgV
Vergabenummer:	2026-KUSKH-TB.01

A. Auftraggeberin

Kreis Unna
Friedrich-Ebertstraße 17
59425 Unna

Kontaktstelle ist die Aurantia Rechtsanwaltsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft über die Vergabeplattform <https://www.dtv.de>.

B. Leistungsgegenstand

B.1 Ausgangssituation

Bei der Sonnenschule Kamen-Heeren handelt es sich um eine Förderschule mit dem Förderschwerpunkt „Sprache“ im Primarbereich für das gesamte Gebiet des Kreises Unna.

Die Gebäudedaten lauten wie folgt:

- Baujahr 1935 (Trakt A)
- Erweiterungsbau (Trakt C) einschl. der Turnhalle 1966/67
- Anbau (Trakt B) und Umbaumaßnahmen im Trakt A 1989/90
- Brutto-Grundfläche (Gebäudeteile Trakt A und B+C): 3.400 m²
- Gebäude (Trakt A): Verwaltung, Lehrerzimmer, OGS-Räume, Klassen- und Lehrräume, Kellerräume
- Gebäude (Trakt B+C): Klassen- und Lehrräume, OGS-Räume, Küche und Speiseraum, Kellerräume

- Turnhalle: Sporthalle einschl. Geräteraum, Umkleiden und Sanitärräume
- Brandschutzkonzept ist vorhanden

Voruntersuchungen haben ergeben, dass eine dringend erforderliche Sanierung der Bestandsturnhalle nicht wirtschaftlich realisierbar ist. Zudem besteht aufgrund des OGS-Anspruchs ein steigender Bedarf nach OGS-Räumen. Durch den Neubau bietet sich zudem die Möglichkeit zur Errichtung eines Lehrschwimmbades im gemeinsamen neuen Gebäude.

Der Neubau soll aus einem OGS-Bereich, einer Einfeldsporthalle und einer Kleinschwimmhalle in einem gemeinsamen Baukörper bestehen:

- OGS-Bereich

Zur Abdeckung des Ganztagsangebotes ist ein OGS-Bereich mit 7 Gruppenräumen, einem Teambereich sowie eine Aufwärmküche einschl. Nebenräume und den erforderlichen Sanitäreinrichtungen auf einer Bruttogrundfläche von ca. 1000 m² vorgesehen.

- Einfeldsporthalle

Die neue Einfeldsporthalle soll den Schüler*innen der Sonnenschule als auch den Vereinen eine große Vielfalt an sportlichen Nutzungsmöglichkeiten bieten. Durch einen Trennvorhang wird der Schule eine doppelte Belegung der Sporthalle ermöglicht. Die geplante Halle soll eine Breite von ca. 15 m und eine Länge von 27 m haben und somit eine Fläche von ca. 460 m² beinhalten. Die gesamte Sporthalle einschl. der Umkleiden, Geräteraum, Sanitärräume und dem Technikbereich ist auf einer Fläche von ca. 1000 m² Bruttogrundfläche geplant.

- Kleinschwimmhalle

Eine neu zu errichtende Kleinschwimmhalle mit Lehrschwimmbekken soll für den schulischen Schwimmunterricht der Förderschule genutzt werden. Im außerschulischen Nachmittags- und Abendbereich soll die Schwimmhalle auch Vereinen zur Verfügung stehen. Neben Sportvereinen, örtlichen Initiativen und Reha-Gruppen sollen auch Trainingsmöglichkeiten für die DLRG, die Feuerwehren, das THW, die KPB Unna und Betriebssportgruppen ermöglicht werden.

Der Neubaukörper soll im Totalunternehmerverfahren auf Grundlage einer funktionalen Leistungsbeschreibung mit integriertem Architekturkonzept in einem Europaweiten Verfahren vergeben werden. Das Budget für den Baukörper wird sich voraussichtlich auf 15 bis 20 Mio. € belaufen.

Die rechtliche und verfahrenstechnische Strukturierung, Beratung und Betreuung der Ausschreibung erfolgt über eine externe Rechtsanwaltskanzlei und ist nicht Gegenstand der Beauftragung.

B.2 Technische Beratungsleistungen

Gegenstand der Vergabe sind technische Beratungsleistungen zur Vorbereitung und Durchführung des erforderlichen Vergabeverfahrens für die Totalunternehmerleistungen. Hierzu gehört insbesondere die Erstellung einer funktionalen Leistungsbeschreibung mit Leistungsprogramm im Sinne des § 7c EU

VOB/A. Die funktionale Leistungsbeschreibung hat den Beschaffungsgegenstand in Form von Leistungs- und Funktionsanforderungen sowie als Beschreibung der zu lösenden Aufgabe so zu erfassen, dass alle Bieter die Anforderungen im gleichen Sinne verstehen, Angebote belastbar kalkulieren und die Angebote technisch wie wirtschaftlich miteinander verglichen werden können. Die Leistung dient damit zugleich der vergaberechtlich erforderlichen eindeutigen und erschöpfenden Beschreibung des Beschaffungsgegenstandes im Sinne des § 121 GWB.

Geschuldet sind nicht lediglich einzelne technische Beratungstätigkeiten, sondern die Herstellung der Vergabereife der technischen Unterlagen. Die Vergabereife setzt voraus, dass die funktionale Leistungsbeschreibung nebst Anlagen technisch vollständig, nachvollziehbar, in sich widerspruchsfrei, produktneutral, kalkulationsfähig, wertungsfähig und mit den übrigen Vergabe- und Vertragsunterlagen kompatibel ist. Der Auftragnehmer hat hierzu die für das Vergabeverfahren erforderlichen technischen und wirtschaftlichen Leistungen nach Maßgabe des Vertrages und der Leistungsbeschreibung Technische Beratung, beides Bestandteil der Vergabeunterlagen, zu erbringen.

Der Auftragnehmer wird als technischer Berater und Ersteller der funktionalen Leistungsbeschreibung tätig. Er ist nicht Totalunternehmer, nicht Bauunternehmer und nicht Ausführungsplaner. Die Entwurfs-, Genehmigungs- und Ausführungsplanung, die prüffähige Statik, die Fachplanung in Ausführungs- und Montageplanungstiefe, die Bauausführung, die Bauleitung, die Verkehrssicherung und die Mängelbeseitigung verbleiben beim späteren Totalunternehmer, soweit sie nicht ausdrücklich gesondert beauftragt werden. Rechtsberatungsleistungen, die rechtliche und verfahrenstechnische Führung des Vergabeverfahrens, das Betreiben der Vergabeplattform sowie rechtsverbindliche Erklärungen gegenüber Bewerbern oder Bietern sind ebenfalls nicht Gegenstand dieses Vertrages, sondern verbleiben beim Auftraggeber beziehungsweise bei der von ihm beauftragten Rechtsanwaltskanzlei.

Für die Fertigstellung der Werkleistungen des späteren Totalunternehmers wird derzeit der **31.01.2030** vorgesehen. Gemessen an dem hierfür durchzuführenden europaweiten Vergabeverfahren nach der VOB/A EU wird die Fertigstellung der Grundbeauftragung des Auftragnehmers, bestehend aus Stufe 1 nach § 4 des den Vergabeunterlagen beigefügten Vertrages und nach Maßgabe der Leistungsbeschreibung Technische Beratung, **beginnend mit dem 01.12.2026 bis zum 30.06.2027** als verbindliche Zielvorgabe vereinbart. Von diesem Zieltermin können der Auftraggeber und der Auftragnehmer in beiderseitigem Einvernehmen abweichen, wenn sich hierfür objektive Gründe aus den Teilergebnissen des Auftragnehmers, aus erforderlichen Auftraggeberentscheidungen, aus noch einzuholenden Gutachten oder aus sonstigen nicht vom Auftragnehmer zu vertretenden Umständen ergeben.

Die Leistungsbausteine, Arbeitsergebnisse, Schnittstellen, Abgrenzungen, optionalen Leistungen und Mitwirkungspflichten ergeben sich im Einzelnen aus der den Vergabeunterlagen beigefügten Leistungsbeschreibung Technische Beratung. Der Auftragnehmer wird nicht als klassischer Objektplaner, Fachplaner oder Projektsteuerer mit einem vollständigen HOAI- oder AHO-Leistungsbild beauftragt, sondern als einheitlicher technischer FLB-Berater mit integrierten Klärungs-, Koordinations-, Integrations-, Dokumentations-, Qualitätssicherungs- und fachtechnischen Vergabebegleitungsleistungen.

Geschuldet ist die Herstellung eines vollständigen, vergabereifen, produktneutralen, widerspruchsfreien, kalkulierbaren und wertbaren technischen Unterlagenwerks für die Totalunternehmervergabe sowie - nur

bei ausdrücklichem Abruf - die Erbringung nachgelagerter technischer Kontroll- und Unterstützungsleistungen aus Bauherrensicht.

C. Vergabeunterlagen

Neben diesen Teilnahmebedingungen werden den Bewerbern folgende Unterlagen zur Verfügung gestellt:

- Anschreiben / Aufforderung zur Abgabe eines Teilnahmeantrages
- Bewertungsmatrix Referenzen (Auswahlkriterien Teilnahmestufe)
- Zuschlagskriterien
- Besondere Vertragsbedingungen des Landes Nordrhein-Westfalen zur Einhaltung des Tariftreue- und Vergabegesetzes Nordrhein-Westfalen (BVB-Tariftreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen)
- Vertrag für die Erbringung der technische Beratungsleistungen
- Anlage - Teilnahmeantrag
- Anlage - Eigenerklärung Sanktionen Russland
- Anlage - Eigenerklärung Ausschlussgründe (§§ 123 und 124 GWB)
- Anlage – Eigenerklärung nach § 19 Abs. 3 MiLoG
- Anlage - Umsatzzahlen
- Anlage - Eigenerklärung Berufs- und Betriebshaftpflichtversicherung
- Anlage - Referenzen
- Anlage - Eigenerklärung nach § 19 Abs. 3 Mindestlohngesetz (MiLoG)
- Anlage - Eigenerklärung Ausführungs- und Lieferinteressen (§ 73 Abs. 3 VgV)
- Anlage – Darstellung des Büros (einschließlich technischer Ausstattung)
- Anlage - Bietergemeinschaftserklärung (*sofern erforderlich*)
- Anlage - Verpflichtungserklärung Unterauftragnehmer Eignungsleihe (*sofern erforderlich*)
- Anlage - Erklärung Unterauftragnehmer Eignungsleihe (*sofern erforderlich*)
- Anlage - Politischer Baubeschluss vom 01.10.2024 – Drucksache 096/24

Nach Erhalt der Vergabeunterlagen sind diese von dem Bieter auf Vollständigkeit durchzusehen. Sollte nach Auffassung des Bieters Unstimmigkeiten oder Unklarheiten bestehen, hat er dies der Auftraggeberin über die Vergabeplattform <https://www.dtv.de> mitzuteilen.

D. Verfahrensablauf des Teilnahmewettbewerbs

1. Anmeldung und Rückfragen

Auf Basis der Bekanntmachung können interessierte Bieter einen Teilnahmeantrag zur Teilnahme am Verhandlungsverfahren nach §§ 17, 74 VgV (Formblatt) erstellen. Auf der Vergabeplattform: <https://www.dtv.de> werden alle Bieterinformationen, Verfahrensangaben und Teilnahmebedingungen zur Verfügung gestellt, Bieteranfragen beantwortet und ggf. Änderungen und Konkretisierungen der Vergabeunterlagen mitgeteilt. Die Bewerber sind verpflichtet, sich durch regelmäßige Einsichtnahme auf der Plattform zu informieren. Informationen, die auf der Vergabeplattform bereitgestellt wurden, gelten am nächsten Werktag (außer Samstag) als zugegangen.

Die weiteren Verfahrensbedingungen ergeben sich aus den bereitgestellten Vergabeunterlagen. Die Inhalte der Vergabeunterlagen sind bei der Erstellung der Teilnahmeanträge zwingend zu berücksichtigen.

Sollten sich bei der Erstellung der Teilnahmeanträge Rückfragen ergeben, so sind diese unverzüglich ausschließlich elektronisch über das Vergabeportal <https://www.dtv.de>, dort über den Bereich Kommunikation zu dem o.g. Vergabeverfahren zu übermitteln. Hierzu ist eine kostenlose Registrierung des Unternehmens auf <https://www.dtv.de/Center/company/registration> erforderlich. Fragen sind in deutscher Sprache zu formulieren. Die Antworten auf dem Auftraggeber gestellte Fragen werden allen interessierten Unternehmen in anonymisierter Form über den Bereich Kommunikation zugänglich gemacht. Etwaige Korrekturfassungen der Vergabeunterlagen werden ausschließlich auf dem o.g. Portal, dort im Bereich „Vergabeunterlagen“ zu dem o.g. Vergabeverfahren, zur Verfügung gestellt. Die interessierten Unternehmen haben sich regelmäßig zu informieren.

Telefonische Auskünfte werden **nicht** erteilt.

Rückfragen im Rahmen des Teilnahmewettbewerbs sind möglichst zu stellen bis zum **20.08.2026**.

2. Bewerbungsfrist

Der **Teilnahmeantrag** entsprechend der unter D. genannten Anforderungen ist bis spätestens zum

03.09.2026; 10:00 Uhr

elektronisch und in deutscher Sprache über das Vergabeportal <https://www.dtv.de>, dort über den Bereich „Teilnahmeanträge“ zu dem o.g. Vergabeverfahren durch Nutzung des sog. Bietertools, einzureichen. Hierzu ist die kostenlose Registrierung Ihres Unternehmens auf <https://www.dtv.de> erforderlich.

Bewerbungen, welche die gem. diesen Verdingungsunterlagen genannten Anforderungen nicht erfüllen, können von der Wertung ausgeschlossen werden.

Es sind nur die geforderten Unterlagen einzureichen. Darüber hinaus gehende oder abweichend eingereichte Unterlagen werden bei der Wertung nicht berücksichtigt.

3. Aufteilung in Lose

Eine Teilung der Gesamtleistung in Lose ist **nicht** vorgesehen.

4. Nebenangebote

Nebenangebote sind **nicht** zugelassen.

5. Zurückziehen des Teilnahmeantrags

Über das genannte Vergabeportal, dort über den Bereich „Teilnahmeanträge“ zu dem o.g. Vergabeverfahren, können Sie den Teilnahmeantrag über das Aktionselement „zurückziehen“ bis zum Ablauf der Teilnahmefrist zurückziehen.

Eine umfassende Anleitung zur Verwendung des Vergabeportals zur elektronischen Abgabe von Unterlagen finden Sie auf den Support-Seiten der Firma Cosinex unter folgendem Link:
<https://support.cosinex.de/unternehmen>

6. Prüfung der Teilnahmeanträge

Alle fristgerecht eingegangenen Teilnahmeanträge wird der Auftraggeber formell und materiell prüfen. Insbesondere wird er prüfen, ob die Bewerber die für diesen Auftrag notwendige Eignung, wirtschaftliche, technische und berufliche Leistungsfähigkeit besitzen.

Der Auftraggeber beabsichtigt, 3 Bewerber / Bürgergemeinschaften, zur Abgabe eines Erstangebotes auf der Grundlage der Vergabeunterlagen aufzufordern. Sofern mehr als 3 wertungsfähige Teilnahmeanträge von geeigneten Bewerbern / Bürgergemeinschaften vorliegen, wird der Auftraggeber eine differenzierende Eignungsprüfung gemäß der beigefügten Bewertungsmatrix vornehmen und die 3 Bewerber / Bürgergemeinschaften zur Angebotsabgabe auffordern, die die höchste Punktzahl erreicht haben. Im Falle von Punktgleichheit entscheidet das Los.

Die aufgeforderten Bieter geben auf der Grundlage der Vergabeunterlagen ein verbindliches Erstangebot sowie ein objektbezogenes Konzept zur Umsetzung des Planungsvorhabens ab. Nach Auswertung der Erstangebote erhalten die Bieter die Möglichkeit, in einem Verhandlungstermin ihr Angebot zu präsentieren und über die Vergabeunterlagen zu verhandeln. Anschließend werden alle Bieter aufgefordert, ein überarbeitetes, finales Angebot zu unterbreiten. Auf das wirtschaftlichste Angebot wird der Zuschlag erteilt. Die Angebote und das Konzept sind elektronisch einzureichen.

Der Auftraggeber behält sich gemäß § 17 Absatz 11 VgV vor, den Zuschlag auf Grundlage der verbindlichen Erstangebote zu erteilen, ohne in Verhandlungen einzutreten.

Nach den derzeitigen Planungen sollen die Bewerber am

21.09.2026

zur Abgabe eines **Erstangebotes** aufgefordert werden. Die Aufforderung erfolgt elektronisch über das Vergabeportal <https://www.dtv.de>.

Die Abgabe der **Erstangebote** ist für den **19.10.2026; 10:00 Uhr** vorgesehen.

Die Durchführung der **Verhandlungsgespräche** ist für den

27.10.2026

vorgesehen. Der Auftraggeber behält sich vor, aus sachlich gerechtfertigten Gründen von diesem Zeitplan abzuweichen. In diesem Fall werden den Bewerbern rechtzeitig die neuen Fristen mitgeteilt.

Diejenigen Bewerber, die nicht zur Abgabe eines Erstangebotes aufgefordert werden, werden über diese Entscheidung in Textform unterrichtet.

E. Erstellung des Teilnahmeantrages

1. Allgemeine Hinweise

Die vorgegebenen Musterformulare dienen der Herstellung größtmöglicher Vergleichbarkeit der eingereichten Teilnahmeanträge.

Musterformulare können je nach Bedarf dupliziert werden. Sollten im Einzelfall weitere Zeilen oder Tabellen erforderlich sein, dürfen diese ergänzt werden. Im Übrigen wird darum gebeten, die Formblätter nicht weiter zu verändern. Es ist zu beachten, dass die Musterformulare nicht sämtliche Angaben abdecken, die nach der Bekanntmachung gefordert sind. Für Angaben, für die nachfolgend kein Musterformular enthalten ist, kann der Bewerber eigene Muster verwenden.

Im Rahmen der Teilnahmeanträge steht es jedem Teilnehmer frei, in welcher Bewerberkonstellation (Einzelbewerber, mit oder ohne Nachunternehmer, Bewerber- bzw. Bietergemeinschaft, etc.) er sich beteiligen möchte. Für die jeweiligen Bewerberkonstellationen sind die jeweils gesondert aufgeführten Bedingungen zu beachten.

Die unter D. genannten Angaben müssen jedem Teilnahmeantrag beigelegt werden. Für die Erstellung des Teilnahmeantrags sind von den interessierten Unternehmen zu der Bekanntmachung die nachfolgenden Regelungen zu beachten.

2. Aufbau des Teilnahmeantrags

Interessierte Teilnehmer, die sich an dem Verfahren beteiligen möchten, haben die nachfolgenden Nachweise und Erklärungen vorzulegen:

1) Teilnahmeantrag (Formblatt Teilnahmeantrag)

2) Dem Teilnahmeantrag sind als Nachweis der Eignung folgende Unterlagen/Nachweise beizufügen:

- a) Eigenerklärung des Bewerbers, dass die Leistungen unabhängig **von Ausführungs- und Lieferinteressen** erfolgen - § 73 Abs. 3 VgV (**Formblatt**)
- b) Eigenerklärung **Ausschlussgründe** (§§ 123 und 124 GWB) (**Formblatt**)
Bei Bietergemeinschaften ist die Erklärung von jedem Mitglied der Bewerbungsgemeinschaft zu erbringen. Bei einer Bewerbung mit Nachunternehmer/n ist die Erklärung von allen Nachunternehmern zu erbringen.
- c) **Nachweis Berechtigung der Führung der Berufsbezeichnung** - §§ 44, 75 VgV (selbstständig zu erstellen/einzureichen)
- d) Eigenerklärung **Sanktionen Russland** (**Formblatt**)
- e) Eigenerklärung nach **§ 19 Abs. 3 Mindestlohngesetz** (MiLoG) (**Formblatt**)

Als vorläufiger Beleg der Eignung und des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen wird die Vorlage einer Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung (EEE) nach § 50 VgV akzeptiert.

Im Falle der Vorlage einer EEE haben Bewerbungsgemeinschaften für alle Mitglieder eine separate EEE abzugeben. Von Nachunternehmern und Unternehmen, deren Kapazitäten sich der Bewerber bedienen will (Eignungsleihe), ist ebenfalls eine separate EEE einzureichen.

Weitere Dokumente:

- f) Im Falle des Zusammenschlusses zu einer Bietergemeinschaft ist die Einreichung einer Bietergemeinschaftserklärung erforderlich (**Formblatt Bietergemeinschaftserklärung**).
- g) Bei Bewerbungsgemeinschaften sind die geforderten Erklärungen und Nachweise von jedem Mitglied der Bewerbungsgemeinschaft zu erbringen.
- h) Im Falle der Bewerbung als Beratungsbüro mit Nachunternehmer/n sind alle Nachunternehmer namentlich mit Kontaktdaten anzugeben sowie weiterhin anzugeben, welche Leistungsteile von welchem Nachunternehmer erbracht werden. (**Formblatt Erklärung Unterauftragnehmer Eignungsleihe**).
- i) Bei einer Bewerbung als Beratungsbüro mit Nachunternehmer/n ist das **Formblatt „Verpflichtungserklärung Unterauftragnehmer Eignungsleihe“** sowie alle weiteren geforderten Erklärungen und Nachweise von allen Nachunternehmern zu erbringen (siehe Formblatt Erklärung Unterauftragnehmer Eignungsleihe).
- j) Im Fall der Eignungsleihe ist das **Formblatt „Erklärung Unterauftragnehmer Eignungsleihe“** einzureichen.

- k) Im Fall der Eignungsleihe hat das eignungsverleihende Unternehmen das **Formblatt „Verpflichtungserklärung Unterauftragnehmer Eignungsleihe“** sowie alle weiteren geforderten Erklärungen und Nachweise zu erbringen (siehe Formblatt Erklärung Unterauftragnehmer Eignungsleihe).

3) Angaben zur wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit

- a) Das ausgefüllte **Formblatt „Umsatzzahlen“**. Nachweis des Gesamtumsatzes der letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre (2023 – 2025) sowie über den Umsatzteil, der innerhalb dieses Zeitraums mit der ausgeschriebenen Leistung vergleichbaren Leistungen erzielt wurde, beides in Euro brutto. Im Fall der Beteiligung als Bietergemeinschaft ist für jedes Mitglied ein ausgefülltes Formblatt vorzulegen.
- b) Das ausgefüllte **Formblatt Eigenerklärung Berufs- und Betriebshaftpflichtversicherung**: Erklärung eines Versicherungsunternehmens, dass mit dem Bewerber im Auftragsfall eine Berufshaftpflichtversicherung über mindestens 3,0 Mio. Euro für Personenschäden und 3,0 Mio. Euro für sonstige Schäden abgeschlossen wird oder eine solche Versicherung bereits ständig abgeschlossen ist. Im Fall der Beteiligung als Bietergemeinschaft ist für jedes Mitglied ein entsprechender Nachweis vorzulegen.

Sofern der vorgenannte Deckungsschutz bereits besteht, ist ein **entsprechender Nachweis (Versicherungsbestätigung oder -schein)** über die bestehende Berufs- und Betriebshaftpflichtversicherung in Kopie mit dem Angebot einzureichen. Sofern der vorgenannte Versicherungsschutz noch nicht besteht, fügen wir in Kopie unserem **Angebot eine entsprechende Bestätigung des Versicherungsunternehmens** (in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zugelassenen) bei, aus der hervorgeht, dass im Auftragsfall die Versicherung an die Anforderungen des Auftraggebers angepasst werden wird. Die Mindestanforderungen an die Versicherung werden während der gesamten Vertragslaufzeit aufrechterhalten.

- c) Jeder Bewerber hat einen **aktuellen Auszug aus dem Berufs- oder Handelsregister** mit dem Teilnahmeantrag einzureichen, der **nicht älter als 6 Monate ab dem Tag der Veröffentlichung der Bekanntmachung** ist. Im Fall der Beteiligung als Bietergemeinschaft hat jedes Mitglied der Bietergemeinschaft einen Berufs- oder Handelsregistrauszug vorzulegen. Ebenso ist ein Handelsregistrauszug von jedem Nachunternehmer abzugeben, auf dessen Referenzen sich der Bewerber bzw. die Bewerbergemeinschaft beruft.

4) Angaben zur technischen Leistungsfähigkeit

- a) Erklärung über die Befähigungen des bzw. der für die Erbringung der Leistung verantwortlichen Projektleiters/in. **Angaben zu Projektleitung mit Nachweis der Qualifikation**: Nachweis Eintragung berufsständische Kammer oder Diplomurkunde

(oder vergleichbar), Lebenslauf, je nach Planungsaufgabe ggf. mit persönlichen Referenzprojekten, sehr gute Deutschkenntnisse (fließend in Wort und Schrift; mindestens entsprechend CEFR Stufe C1).

- b) **Angaben zur stellvertretenden Projektleitung mit Nachweis der Qualifikation:** Nachweis Eintragung berufsständische Kammer oder Diplomurkunde (oder vergleichbar), Lebenslauf, je nach Planungsaufgabe ggf. mit persönlichen Referenzprojekten, sehr gute Deutschkenntnisse (fließend in Wort und Schrift; mindestens entsprechend CEFR Stufe C1).
- c) **Darstellung des Büros (Formblatt).**
- d) **Erklärungen zur technischen Ausstattung** (anzugeben im **Formblatt „Darstellung des Büros“**)
- e) Vorlage einer **Referenzliste** der vom Büro erbrachten Leistungen, die mit der ausgeschriebenen Planungsleistung vergleichbar sind (Leistungsbilder und Leistungsphasen nach HOAI; Angabe inwieweit die jeweiligen Leistungen selbst/in einer Bietergemeinschaft/als Nachunternehmer ausgeführt wurden).
- f) Darüber hinaus sind die nachfolgend genannten **Referenzen (Formblätter)** zu den technischen Beratungsleistungen darzustellen:

(1) Referenzen technische Beratung

(a) Auswahl-Kriterium (zwingend)

Es sind **mindestens 3 Referenzen** für die Erstellung einer funktionalen Leistungsbeschreibung für einen Schulbau als Grundlage für die Vergabe der Planungs- und Bauleistungen im Rahmen einer Gesamtvergabe (Totalübernehmermodell oder vergleichbar) vorzulegen.

Die Vorlage von mehr als 3 Referenzen ist zugelassen. Die jeweils 3 für den Teilnehmer günstigsten Referenzen fließen in die Wertung ein.

Die Vorlage von weniger als 3 Referenzen, die diese Mindestanforderungen erfüllen, führt zum Ausschluss des Teilnahmeantrages.

(aa) Alle Referenzen müssen fertiggestellte funktionale Leistungsbeschreibungen der letzten 5 Jahre betreffen (ab 01.01.2021 und vor Ablauf der Frist zur Abgabe des Teilnahmeantrages in dem hier geführten Verfahren).

Alle Referenzen müssen die Erstellung einer funktionalen Leistungsbeschreibung für eine Gesamtvergabe (Totalübernehmermodell oder vergleichbar) beinhalten.

Bei allen Referenzen müssen die Baukosten des Bauvorhabens/des TU (oder vergleichbaren - Leistungsumfangs größer/gleich brutto 5.000.000 Mio EUR betragen haben.

(bb) Mindestens eine Referenz (R1) muss ergänzend zu (aa) folgende Anforderungen erfüllen:

- Bau einer Sporthalle

(cc) Mindestens eine Referenz (R2) muss ergänzend zu (aa) folgende Anforderungen erfüllen:

- Bau eines Schwimmbads und/oder eines Lernschwimmbeckens

(dd) Mindestens eine Referenz (R3) muss ergänzend zu (aa) folgende Anforderungen erfüllen:

- Bau einer OGS

Die ergänzenden Anforderungen (bb) bis (dd) können auch in einer Referenz abgebildet werden. Die Anforderung, insgesamt 3 Referenzen vorzulegen bleibt hiervon unberührt.

Für die Wertungsfähigkeit der Referenzen müssen jeweils folgende Unterangaben vorhanden sein:

- Auftraggeber (Adresse, Ansprechpartner, Telefonnummer, E-Mail)
- Kurze Beschreibung des Projekts mit Darstellung des Modells
- Projektzeitraum (Beauftragung Technische Beratung/Beginn des Vergabeverfahrens/Ende des Vergabeverfahrens TU-Vergabe/Baubeginn/Bauabnahme/Zeitpunkt der Übergabe an den Nutzer bzw. Inbetriebnahme)
- Angabe der in dem Projekt erbrachten Leistungen der technischen Beratung
- Baukosten der TU-Leistung

Die Referenzen müssen darüber hinaus mindestens Angaben enthalten, ob sie als Hauptunternehmer, Bietergemeinschaft oder Nachunternehmer erbracht worden sind.

(b) Referenzen, die die vorstehenden Mindestanforderungen erfüllen, werden nach den folgenden Kriterien bewertet:

	Punkte je Referenz max.		
	R1	R2	R3
a. Bau bei laufendem Schulbetrieb	5	5	5
b. Baukosten nach DIN 276 (300+400) brutto > = 10.000 Mio EUR	5	5	5
c. Leistungen für öffentlichen Auftraggeber (kirchliche Auftraggeber werden in diesem Kontext als öffentliche Auftraggeber gewertet)	5	5	5
d. Nachweis von 2 ergänzenden Anforderungen (bb) bis (dd) in einer Referenz	5	5	5
e. Nachweis von 3 ergänzenden Anforderungen (bb) bis (dd) in einer Referenz	10	10	10

- **Summe Punktzahl je Referenz:** **30**
- **Maximale Punktzahl über 3 Referenzen** **90**

Die Kriterien werden wie folgt je vorgelegter Referenz bewertet:

Kriterium erfüllt	=	volle Punktzahl (a.-d. je 5 Punkte / e. 10 Punkte)
Kriterium nicht oder nicht voll erfüllt	=	keine Punkte (0 Punkte)

Im Falle der Teilnahme einer Bietergemeinschaft sind die Referenzanforderungen erfüllt, sofern ein Mitglied oder die Mitglieder der Bietergemeinschaft in Summe über die geforderten Referenzprojekte verfügt.

Die Referenzen dienen neben den Ausschlusskriterien als Auswahlkriterien zur Reduzierung der Bewerberzahl auf 3 Bewerber, die zur Abgabe eines Erstangebotes aufgefordert werden.

Jede der drei eingereichten Referenzen, die die zwingend genannten Mindestanforderungen erfüllt wird mit Punkten von 0-30 (0 oder 5 Punkte pro Kriterium a.-d./ 0 oder 10 Punkte Kriterium e.) bewertet.

Der Bewerber kann über drei Referenzen maximal 90 Punkte erreichen. Bei Gleichstand entscheidet das Los.

Die **Bewertungsmatrix** wird als Dokument „Bewertungsmatrix“ zum Download bereitgestellt.

Ein Hinweis auf eine etwaige Präqualifizierung eines Bieters / Mitglied einer Bietergemeinschaft / Nachunternehmer kann die Vorlage der gemäß D. dieser Teilnahmebedingungen geforderten Nachweise, Erklärungen und Referenzen nur insoweit ersetzen, soweit sich diese decken.

F. Verhandlungsgespräche

Die aufgeforderten Bieter geben auf der Grundlage der Vergabeunterlagen ein Erstangebot ab. Nach Auswertung der Erstangebote erhalten die Bieter die Möglichkeit, in einem Verhandlungstermin ihr Angebot zu präsentieren und über die Vergabeunterlagen zu verhandeln. Anschließend werden alle Bieter aufgefordert, ein überarbeitetes, finales Angebot zu unterbreiten. Auf das wirtschaftlichste Angebot wird der Zuschlag erteilt.

Der Bieter hat mit dem Erstangebot ein objektbezogenes Konzept einzureichen, in dem er im Schwerpunkt nachfolgende Punkte darlegt und diese im Verhandlungsgespräch präsentiert. Die Verhandlungsgespräche werden als Präsenztermine in den Räumlichkeiten des Kreises Unna durchgeführt. **Grundlage der Zuschlagswertung (Anteil 60%) ist die im Verhandlungstermin gehaltene Livepräsentation.**

Die Konzeption einer TGA-Planungsleistung hat die nachfolgenden Punkte zu berücksichtigen.

a. Projektorganisation

Bürovorstellung, Projektteam, Projektorganisation

Vertretungsregelung, Verfügbarkeit vor Ort, Erreichbarkeit,
Kommunikationswege, Protokollierung/Dokumentation,
Informationsaustausch, DAD- u. AVA-Programme,
Einstieg in das Projekt, Qualitätssicherung

b. Herangehensweise

Umgang mit der Aufgabe und Herangehensweise an das Projekt,
Darstellung eines Projektablaufs einer beispielhaften vergleichbaren
Leistungsbeschreibung,
Vorstellung von Methoden zur Erreichung besonders wirtschaftlicher Lösungen,
Vorstellung von Methoden zur Erreichung nachhaltiger Lösungen

c. Termine und Kosten

Methoden zur Einhaltung vorgegebener Termine,
Angaben zum geschätzten Zeitbedarf,
Methoden zur Erreichung einer Kostensicherheit,
Methoden der Termin und Kostenverfolgung

d. Honorar

G. Zuschlagskriterien / Angebotsbewertung

Der Zuschlag erfolgt auf das wirtschaftlichste Angebot nach Maßgabe der festgelegten Zuschlagskriterien. Die Zuschlagskriterien werden als Dokument „**Zuschlagskriterien**“ zum Download bereitgestellt.

H. Ausführungszeit

Der geplante Leistungsbeginn ist der **01.12.2026**.

Den Bietern wird mit den Vergabeunterlagen ein Rahmenterminplan zur Verfügung gestellt.

I. Vordrucke

Für diejenigen einzureichenden Nachweise, Erklärungen und Angaben, für die ein Vordruck zur Verfügung gestellt worden ist, sind diese Vordrucke von den interessierten Unternehmen zu verwenden.

Die Unterlagen des Teilnahmeantrags sind insgesamt in deutscher Sprache einzureichen. Ausländische Bewerber müssen den einzureichenden Nachweisen, Angaben und Erklärungen ggf. Übersetzungen beifügen.

J. Nachforderung

Der Auftraggeber behält sich vor, fehlende Angaben, Erklärungen und Nachweise nachzufordern. Sofern der Bewerber dieser Aufforderung nicht oder nicht fristgerecht nachkommt, führt dies zum Ausschluss aus dem Teilnahmewettbewerb.

K. Aufwandsentschädigung

Die den Bewerbern entstandenen Kosten für die Erstellung der Teilnahmeanträge oder sonstige mit der Erstellung verbundene Aufwendungen werden von dem Auftraggeber nicht erstattet.

L. Verfahrensänderungen

Der Auftraggeber behält sich vor, bei Vorliegen wichtiger Gründe den Ablauf des Verfahrens zu jedem Zeitpunkt zu ändern oder zu beenden. Über etwaige Änderungen oder eine Beendigung wird der Auftraggeber alle Interessenten zeitgleich durch einfache Mitteilung informieren. Bei der Entscheidung über Änderungen wird der Auftraggeber die allgemeinen vergaberechtlichen Grundsätze Wettbewerb, Gleichbehandlung und Transparenz beachten.

M. Sprache

Sämtlich, dass Vergabeverfahren betreffende Unterlagen sind in deutscher Sprache abzufassen. Einem Schriftstück, das in einer anderen Sprache eingereicht wird, ist eine beglaubigte oder von einem öffentlich bestellten oder beeidigten Übersetzer oder Dolmetscher angefertigte Übersetzung beizufügen.

N. Rügepflicht

Das Vergabeverfahren unterliegt den Vorschriften über das Nachprüfungsverfahren vor den Vergabekammern (§ 155 GWB).

Gemäß § 160 Absatz 3 Satz 1 GWB ist ein Nachprüfungsantrag unzulässig, soweit:

- 1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrages erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 GWB bleibt unberührt.*
- 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,*

3. *Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist der Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,*
4. *mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.*

0. Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs- /Nachprüfungsverfahren

Zuständige Stelle für die Nachprüfung behaupteter Verstöße gegen Vergabebestimmungen ist die:

Vergabekammer Westfalen	Telefon:	+49(251)4111604
Albrecht-Thaer-Straße 9	Fax:	+49(251)4112165
48147 Münster	Mail:	vergabekammer@bezreg-muenster.nrw.de
